

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

der achteitigen Wochenbeilage
Multipliziertes Sonntagsblatt.
Schrift für Drahtnachrichten.
Hachenburg, Fernruf Nr. 72

247

Bezugspreis: vierteljährlich 2 70 M.,
monatlich 90 Pfg. mit Bringerlohn; durch die
Post 2,55 M. bezw. 85 Pfg. ohne Bestelgeb.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Montag den 21. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (jährlich im voraus)
die sechsgepaltene Beitzelle oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

11. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

Oktober. Bei Brügg, an der Ems, bei Kortrik
Angriffe abgewiesen. — Zwischen De Cateau und
heftige Kämpfe. Der Aufbruch des Feindes schütterte
an und ganzen. An der Aisne schwere Verluste des

Deutsche Antwort an Wilson.

Berlin, 21. Okt. (Amtlich.) Die deutsche
Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. Mts.
folgt:

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des
Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon
überzeugt, daß das Verfahren bei dieser Räumung
unter Bedingungen des Waffenstillstandes der Beur-
teilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und
gegenwärtige Kräfteverhältnisse an den Fronten
nicht zu berücksichtigen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsi-
denten Wilson, zur Regelung der Einzelheiten eine Ge-
währ zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der
Vereinigte Staaten keine Forderung
erheben wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes
oder der Anbahnung eines Friedens der Berechtig-
ten vereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen
den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Hand-
lungen gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte
gegen das deutsche Volk erhoben wird. Ferner
werden zur Deckung eines Rückzuges immer
bereit sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet.
Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung,
das Eigentum zu schonen und für die Bevölkerung
zu sorgen. Wo trotz dem Ausschreitungen
vorkommen, werden die Schuldigen bestraft. Die
deutsche Regierung bestrittet auch, daß die deutsche Marine
den Untergang von Schiffen Rettungsboote nebst ihren
Besatzungen vernichtet hat. Die deutsche Re-
gierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sach-
verhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.
Die deutsche Regierung ist zu verhalten, was das Friedenswerk erschweren
würde und auf Veranlassung der deutschen Regierung
die Unterseebootkommandanten Befehle ergangen,
Torpiederung von Passagierschiffen auszuschließen,
jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr
übernommen werden kann, daß dieser Befehl
auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr

grundlegende Bedingung für den Frieden be-
steht in der Beseitigung jeder auf Willkür
beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus
Belieben, den Frieden der Welt stören kann.
Die deutsche Regierung: Im Deutschen
Reich und der Volksvertretung ein Einfluß auf die
Politik der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung
der Entscheidung über Krieg und Frieden eine
Angelegenheit der Volksvertretung nicht vor. In diesen
Angelegenheiten ist ein grundlegender Wandel eingetreten.
Die deutsche Regierung ist in völliger Uebereinstimmung
mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen,
und direkten Wahlrecht hervorgegangenen
Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien
des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch
kann keine Regierung ihr Amt antreten oder
ausüben, ohne das Vertrauen der Mehrheit des
Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichs-
regierens gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich
gesichert und sichergestellt. Die erste Tat der neuen
Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzu-
legen, durch das die Verfassung des Reichs dahin ge-
ändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und
Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforder-
lich ist. Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems
liegt nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften,
sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des
deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter
die neue Verfassung steht und deren energische Fortführung

jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, ge-
tragen wird von der Zustimmung der überwältigenden
Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

gez. Solf, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Immer weitere Kreise des deutschen Volkes werden
sich tun, daß unsere Feinde weit davon entfernt sind, sich auf
den Boden des Rechtsfriedens zu stellen. Den Willens
Note vom 27. September als für die Welt not-
wendig bezeichnet hat. Und das Echo dieses Begreifens
sind Aufrufe an das Volk, sind Treugelübniße be-
sonders aus den Grenzmarken an den Ranzler.
Darüber hinaus aber geht ein Rausen durch das
ganze Volk: Auf, auf zum letzten Widerstand.
In parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahe-
stehen, ist eine starke Strömung vorhanden, die in
sich gegendem Maße darauf dringt, daß Redner aller Parteien,
insbesondere aber die neuen Volksminister, Volksstaats-
sekretäre und Volksunterstaatssekretäre an die Westfront
gehen, um dort den Truppen den wahren Stand der
Sache und augenpolitischen Dinge in aller Offenheit
auszuweihen. Dieses Verlangen entspringt der Er-
kenntnis, daß Volkskriege zur Verteidigung des heimat-
lichen Bodens stets in der Geschichte die engste Verbindung
zwischen der Regierung, der Heimat und den Kämpfern
an der Front zur Voraussetzung hatten. Volksminister
an die Front! Die neue Regierung kann so der Welt
am besten beweisen, daß Regierung, Volk und Heer
eins sind.

Bergebliche Mühe?

Genf, 19. Oktober.

In einer aus Washington übermittelten halbamtlichen
Mitteilung der französischen Zeitungen vom 17. Oktober
wird wörtlich mitgeteilt:

In der Umgebung des Präsidenten Wilson erwartet
man, daß Deutschland eine weitere Note senden werde, zu
dem Zweck, die Aussprache über den Frieden fortzusetzen.
Wenn das zutrifft, so darf man sicher sein, daß Deutschland
sich unumgänglich bemühen hat.

Die französischen Blätter wollen also nochmals fest-
stellen, daß schon die letzte Note Wilsons als Ablehnung
anzufassen war, und daß Wilson auf eine weitere Note
Deutschlands kurz erklären wird, er wolle überhaupt nicht
verhandeln. Ob Wilson wirklich auf diesen Standpunkt
Clemenceaus und Wood George steht, werden wir bald
erfahren.

Das Berner „Intelligenzblatt“ erzählt im Gegen-
satz zu der französischen Mitteilung aus Washington: In
politischen Kreisen spricht man offen davon, daß
mit der Note Lansing vom 15. Oktober in Deutsch-
land die Verhandlungen zwischen der feindlichen
Mächtekoalition tatsächlich begonnen haben. Man legt
diesem Umstand eine ganz besondere Bedeutung
bei. Die rückhaltlose Annahme der 14 Punkte Wilsons
durch Deutschland habe entgegen den anderslautenden
Berechnungen im Weissen Hause Eindruck gemacht und
dem Präsidenten zum erstenmal seit Kriegsbeginn die un-
mittelbare Aussprache mit Deutschland ermöglicht. Es
scheint nun in der Tat, daß Wilson geneigt sei, die Aus-
sprache mit Deutschland weiterzuführen.

Wie der Friede aussehen soll.

Die englische Presse, die anfangs sich kühl zeigte,
begegnet sich jetzt gleich der französischen in einem Rausch
der Eroberungslust. Die Londoner „Times“ widmet
mehrere Spalten den Zuschriften hervorragender Persön-
lichkeiten, die sich gegen jeden Waffenstillstand aussprechen
und eine Unterwerfung Deutschlands auf Gnade und Un-
gnade fordern. Bezeichnend hierfür sind die Ausführ-
ungen Lord Burenboros, der die Herausgabe Elb-
Lohrtrains, Helgolands und des Kieler Kanals
fordert. Die Geldentschädigungen müssen die Rückerstattung
aller Kontributionen der vier Kriegsjahre umfassen und
jede Verwundung, jede Zerstörung und jede Schwächung
der Produktionsfähigkeit des Bodens müsse gutgemacht
werden. Diese finanziellen Vergütungen sollen sich nicht
nur auf Belgien und Frankreich, sondern auch auf die
Balkanstaaten beziehen. Von der wertvollsten Lomage
müßte selbstverständlich Tonne für Tonne erbetet werden.
Außer diesen finanziellen Entschädigungen läme noch eine
allgemeine Kriegsschädigung hinzu für sämtliche Un-
kosten der Entente. Schließlich müßte noch ein Gerichtshof
eingesetzt werden, um alle Schuldigen Deutschlands persön-
lich zu bestrafen. Lord Burenboros betont, daß bis zur
vollen Leistung sämtlicher Entschädigungen Wien und
Berlin und noch eine Anzahl näher zu bezeichnender
Städte besetzt bleiben müßten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Wirkung des Amnestieerlasses, in dem der
Reichsanwalt und der preussische Justizminister beauftragt

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BLUT!

Persönlicher Schneider, treudeutscher Mut sichern
dem deutschen Flieger den Sieg. Rittmeister
Freiherr Manfred von Richthofen
hat uns dies bewiesen. Sein
Heldengeist lebt in uns deutschen
Kampffliegern fort und spornt
uns an zu neuen Taten, zum
Mitterringen des Endsieges im
Vertrauen auf die Hilfe der Heimat.



Rittm. Manfred
Frhr. v. Richthofen
für sein Vaterland
gefallen
21 April 1918

Lothar Frhr. v. Richthofen
Leutnant.

wurden, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von
preussischen Zivilgerichten einschließlich der außerordent-
lichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und
Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen
Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks,
Strafendemonstrationen, Lebensmittellunten und ähn-
lichen Ausschreitungen bestraft sind, zur Begnadigung vor-
zuschlagen, macht sich bereits stark bemerkbar. Wie ver-
lautet, sind bisher allein in Preußen 190 Personen, die zu
Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungstrafen verurteilt
waren, auf dem Gnadenwege in Freiheit gesetzt worden.

Die nächste Reichstags-Sitzung am Dienstag um
2 Uhr wird sich nicht mit der politischen und militärischen
Lage beschäftigen. Nach Erledigung einiger kurzer Anträge
wird die Abänderung des § 21 der Reichsverfassung, die
Abänderung des § 11 der Reichsverfassung (Mitbestim-
mungsrecht des Reichstages über Krieg und Frieden)
und der Gesetzentwurf betr. die Übergangswirtschaft be-
raten werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die
Tagung bis zum Ende der Woche dauern.

Die Selbständigkeit des bayerischen Wirtschafts-
lebens mit besonderer Rücksicht auf die Demobilisation
wird in Anträgen gefordert, die von der Zentrumsfraktion,
wie von liberaler und sozialdemokratischer Seite in der
bayerischen Abgeordnetenkammer eingebracht worden sind.
Die Verwaltung des bayerischen Heeres sei mit eigener
militärischer Hoheit wieder in Geltung zu setzen und somit
vom preussischen Kriegsministerium loszulösen. Ferner sei
ein rascher Abbau der Zentralisation des Wirtschaftslebens
anzustreben und insbesondere der beschleunigten Abbau der
Kriegsgesellschaften biszuarbeiten. Weitere Anträge be-
treffen die Kreisreizeberei und die Arbeitslosenfürsorge,
die Volksernährung, die Wohnungsnot, die Notlage des
Landwerts und die Erfassung der Kriegsgewinne.

Bemerkenswerte Äußerungen tat Graf Tisza in einer
Rede im ungarischen Abgeordnetenhaus über die deutsch-
ungarischen Beziehungen. Nachdem er dargelegt hatte,
daß der Krieg für die Mittelmächte verloren sei, weil sie
ihn nicht infolge einer starken Kräfteverschiebung gewinnen
können, betonte er, Ungarn sei es seinem guten Rufe
schuldig, daß die aus den Verhältnissen sich ergebende
Neuorientierung der auswärtigen Politik nichts in sich
begreifen kann, was als Treulosigkeit gegen den deutschen
Bundesgenossen gedeutet werden könnte. Der Redner
sprach seine Überzeugung aus, daß auch bei dieser Neu-
einrichtung der Völker Ungarn sich bei zahlreichen ge-
meinsamen Punkten mit dem deutschen Bundesgenossen
zusammenfinden werde.

Osterreich-Ungarn.

Die Neuordnung in Osterreich stößt doch auf
weit größere Schwierigkeiten, als man in manchen Kreisen
anfangs annahm. Ganz zufrieden ist mit dem kaiserlichen
Erlaß wohl keine Nationalität. Die Tschechen wollen die
ungarischen Slowaken in die Regelung einbezogen
wissen, die rumänischen und ukrainischen Abgeordneten
verhalten sich ebenfalls ablehnend, und die Deutschen
scheinen alles der am Montag zusammentretenden National-
versammlung überlassen zu wollen. Interessant ist dabei
die Haltung der Washingtoner Regierung. Sie will an
Osterreich keine Antwort gelangen lassen, ehe nicht alle
Nationalitäten dem Vorschlag des Kaisers zugestimmt
haben und ehe nicht Deutschland auf Wilsons Note end-
gültig geantwortet hat. Die Tschechen wiederum scheinen
ihre endgültige Entschließung von der Antwort Wilsons
abhängig machen zu wollen.

Holland.

Das amerikanische Angebot von Steinkohlen und
Getreide hat in Holland wegen der daran geknüpften
Bedingung starken Unwillen hervorgerufen. Die
Washingtoner Regierung verlangt nämlich die Einstellung
der Ausfuhr nach Deutschland. Die Blätter erklären,
das laufe auf eine Verletzung der Neutralität hinaus.
Das Angebot habe etwas Entwürdigendes, da darin die
Zunehmung gestellt werde, daß Holland sich heute, wo es
Deutschland weniger gut gehe, an dem Hungerkrieg der
Entente gegen Deutschland beteiligen solle. Indes werde

Frage des Präsidenten, mit wem er und die
deutschland verbündeten Regierungen es zu tun
wird somit klar und unzweideutig dahin be-
stehen, daß das Friedens- und Waffenstillstands-
ausgeht von einer Regierung, die frei von

die Stellung Hollands durch das amerikanische Angebot für die Verhandlungen mit Deutschland gestärkt.

Ukraine.

Der innere Ausbau des neuen Staatswesens soll jetzt nach einem Bericht des Hetmans Skoropadski von dem Ministerpräsidenten Ljogub unverzüglich in Angriff genommen werden. Zunächst ist die Schaffung einer Volksvertretung beabsichtigt. In gleicher Zeit soll der Ausbau der Wehrmacht mit allem Nachdruck durchgeführt werden. Der Hetman plant vor Beginn der Reform eine Umbildung des Ministeriums auf breiterer Grundlage.

Bulgarien.

Bei der Wiedereröffnung der Tobranje wurde von einem Abgeordneten darauf hingewiesen, daß im Ausland über die Ereignisse in Bulgarien, die zum Waffenstillstand und zum Sonderfrieden geführt hätten, die widersprechendsten Gerüchte verbreitet seien. Er fragte die Regierung, ob sie über diese Dinge nicht ein diplomatisches Buch veröffentlichen wolle. Ministerpräsident Malinow erklärte, die Urteile seien grundverschieden, je nach dem Standpunkte, von dem aus sie gefällt würden. Im Augenblick könne er der Veröffentlichung eines diplomatischen Buches nicht zustimmen. Der Tag sei nicht fern, wo eine solche Veröffentlichung möglich sei. Zum Schluß sagte Malinow, er hoffe, daß er in absehbarer Zeit die diplomatischen Beziehungen mit den ehemaligen Gegnern wieder aufnehmen könne.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 19. Okt. Mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage erscheint es zweifelhaft, ob das preussische Abgeordnetenhaus am 22. Oktober mit seinen Beratungen beginnen wird.

Berlin, 19. Okt. Wie die „Südd. Corr.“ erfährt, bereiten die preussischen Landtagsparteien mit Ausnahme der Polen und Sozialdemokraten eine gemeinsame Erklärung im Plenum des Abgeordnetenhauses vor, die die Unteilbarkeit der östlichen Provinzen Preußens in feierlicher Form verkünden soll.

Frankfurt a. M., 19. Okt. Nach Angabe des russischen Finanzsekretärs beläuft sich die Summe der französischen Kapitalien in Rußland auf 30 Milliarden Franks, d. h. ein Sechstel des französischen Volkvermögens.

Wien, 19. Okt. Die polnische Partei der nationalen Arbeiter, der auch das Reichstagsmitglied Fürst Ferd. Radziwiłł angehört, hat ihre Auflösung beschlossen.

Wien, 19. Okt. In seiner Anklagerede gegen den Grafen Burian sagte der Abg. Wastrow u. a. noch: Beim Grafen Burian traten alle anderen Schwierigkeiten und Folgen zurück vor der fixen Idee, daß unter Kaiser König von Polen werden könnte, gleichgültig, ob dabei ein Stück von Österreich und ein Stück des preussischen Bundesgenossen hängen geht. — Schließlich warf Wastrow dem Grafen Burian vor, das Verhältnis zu Deutschland verdorben zu haben.

Budapest, 19. Okt. In einem Ministerrat wurde beschlossen, daß Ungarn auf der Friedenskonferenz bereit als selbständiger Staat mit eigenen Vertretern erscheinen werde, um allen Angriffen auf die Unverletzlichkeit seines Gebietes nachdrücklich entgegenzutreten zu können.

Genf, 19. Okt. Ein Radiotelegramm aus Barloje Selo meldet laut Danas, daß der frühere Oberbefehlshaber der russischen Armee, Großfürst Nicolaus in der Nacht vom 18. Oktober hingerichtet worden ist.

Moskau, 19. Okt. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß die Engländer den Abzug aus Archangelsk vorbereiten.

Sofia, 19. Okt. In Bulgarien wurde eine umfangreiche bolschewistische Verhaftung aufgedeckt. Viele radikale Bauernabgeordnete wurden verhaftet.

Berlin, 20. Oktober. Der Kaiser hat dem Vorkämpfer a. D. Dr. Freiherrn Munim von Schwarzenstein für seine erfolgreiche Tätigkeit in Kiew und sein gutes Zusammenwirken mit den dortigen militärischen Stellen seinen Dank ausgesprochen und ihm den Roten Adlerorden erster Klasse mit Schwertern verliehen.

Berlin, 20. Oktober. Die Kronprinzessin und die beiden jüngsten Kinder des Kronprinzenpaares sind an der Grippe erkrankt.

Rotterdam, 20. Oktober. Wie hiesige Blätter aus London melden, vertritt die englische Presse den Standpunkt, daß das Manifest des Kaisers von Österreich zu spät komme. Die „Times“ weisen darauf hin, daß das Programm, daß die Alliierten über Polen, Böhmen, Südslaven, Rumänien und Italien aufgestellt haben, mit dem Bestehen der habsburgischen Dynastie unvereinbar wäre.

Wien, 20. Oktober. Die ungarische Regierung wird dem Parlament in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf mit neuen Paragraphen über die Personal-Union in Österreich vorlegen. Die Regierungsvorlage sieht eine sofortige Errichtung einer eigenen auswärtigen Vertretung vor; außerdem ist die wirtschaftliche Trennung von Österreich für Ende 1920 geplant. Ministerpräsident Bekere erklärte im Finanzanschuß, man werde auf die Abrüstung bei Aufstellung eines selbständigen ungarischen Heeres Rücksicht nehmen.

Wien, 20. Oktober. Nach Meldungen aus Krafau und Lemberg sind in Galizien die jüdischen Versammlungen in denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Juden gefordert werden sollte, von den Landesbehörden verboten worden.

Genf, 20. Oktober. Wie in den Wandelgängen der französischen Kammer verlautet, umfaßt das Anlagematerial gegen Coillaux mehr als 5000 Belege.

Ununterbrochenes Ringen.

Mittellungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 19. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Brügge und der Eys wiesen wir mehrfache feindliche Angriffe ab. Nordöstlich von Kortrijk warfen wir Teile des Gegners, die sich seit den letzten Kämpfen noch auf dem Ostufer der Eys hielten, über den Fluß zurück.

Südwestlich von Kortrijk wurden Übergangsvorhänge vereitelt. Ostlich von Lille und Douai war der Feind gestern bis zur Linie Asq—Templeuve—Flisnes—Marquette gefolgt.

Zwischen Le Cateau und der Dife dauerten die heftigen Angriffe des Gegners an.

Südöstlich von Le Cateau drang er bis Bazuel, im Walde von Andigny bis an den Südrand von Bassigny vor. An der übrigen breiten Angriffsfront ist der Sturm des Feindes vor und in unseren vordersten Linien gescheitert. Bazuel wurde im Sturm wiedergewonnen.

Die bei und südlich von Misonville kämpfenden Truppen schlugen auch gestern alle Angriffe des Feindes ab.

In den Abendstunden und während der Nacht setzten wir hier unsere Linien vom Gegner ab. An der Dife sind bei und nördlich von Origny erneute Angriffe des Feindes gescheitert.

An der Aisne setzte der Feind seine Angriffe bei Clizy und Grandpre fort und dehnte sie über Vouziers nach Norden bis Voucy aus.

Bei Vandy und bei Salaise faßte er auf dem östlichen Aisne-Ufer Fuß. Seine Versuche, unter starkem Feuerschutz auf den Höhen östlich der Aisne weiter vorzudringen, wurde durch Gegenstoß vereitelt.

Zwischen Clizy und Grandpre sind erneute Angriffe französischer und amerikanischer Divisionen vor unseren Linien gescheitert.

Beiderseits der Maas verlief der Tag bei Störungsfeuer und kleineren Infanteriegefechten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Großes Hauptquartier, den 20. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern haben wir in Fortführung der am 18. 10. gemeldeten Bewegungen Brügge, Thielt und Kortrijk geräumt und neue Stellungen bezogen. Vor diesen jänden lebhaftere Vorfeldkämpfe statt. Am Abend stand der Feind südöstlich von Eluis an der belgisch-holländischen Grenze, westlich von Maldegem-Ursel, bei Voete und Marfegem. Nordöstlich von Kortrijk rief er mit Teilen über die Eys vor. Südlich von Kortrijk hat er die Straße Kortrijk—Tournai erreicht und war beiderseits von Douai bis östlich der Linie Origny—Marquennes gefolgt.

An der Schlachtfront zwischen Le Cateau und der Dife trat gestern eine Kampfpause ein. In unseren neuen Linien am Sambre—Dife-Kanal und an der Dife stehen wir in Gefechtsföhlung mit dem Gegner.

Der Serre- und Souche-Abschnitt war tagsüber das Ziel starker feindlicher Angriffe. Der nordöstlich von La Hère auf dem nördlichen Serre-Ufer zum Angriff vorbereitende Feind wurde im Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Ebenso scheiterten südlich von Grew mit starken Kräften geführte Angriffe im Gegenstoß sächsischer Bataillone. An der Straße Laon—Marle faßte der Gegner in kleinen Teilen unserer Stellung Fuß. Beiderseits der Souche-Riederung wurde er nach heftigem Kampf abgewiesen. Auch auf dem Nordufer der Aisne griff der Feind nach starker Artillerievorbereitung an und drängte nordöstlich von St. Germainmont unsere Vorposten etwas zurück.

An der Aisnefront zwischen Attigny und Clizy nimmt die Geächtstätigkeit des Gegners zu. Beiderseits von Vouziers setzte er sich bei erneuten Angriffen auf den Höhen am östlichen Aisne-Ufer fest. Der Kommandeur der 199. Infanterie-Division, Generalleutnant von Buttammer, brachte durch persönliches Eingreifen den feindlichen Angriff auf den Höhen östlich von Vandy zum Stehen. Zwischen Clizy und Grandpre wiesen lothringische, schleswig-holsteinische Regimenter und Jäger-Bataillone erneute heftige Angriffe des Gegners vor ihren Linien ab.

Auf beiden Maasufem blieb die Geächtstätigkeit auch gestern auf Störungsfeuer beschränkt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Am Bukovik nordwestlich von Alessinac wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Zajcar im Timok-Tale wurde vom Gegner besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Milroy

Was kann Deutschland tun?

Oberst Egli schreibt in den „Basler Nachrichten“: Fortwährender leistet das deutsche Heer immer noch kräftigen Widerstand und immer noch hält die deutsche Front fest zusammen. Es lassen sich für die Weiterentwicklung der Dinge auf deutscher Seite drei Möglichkeiten denken: 1. Die deutsche Widerstandskraft nähert sich tatsächlich ihrem Ende, und der völlige Zusammenbruch Deutschlands ist in kurzer Zeit zu erwarten; 2. das deutsche Heer ist noch imstande und das deutsche Volk ist gewillt, den Kampf verteidigungsweise entweder in den jetzigen Stellungen oder weiter rückwärts solange fortzusetzen, bis die Verbündeten leichtere Friedensbedingungen stellen oder ein Ende mit Schrecken kommt und 3. die Kampfkraft des deutschen Heeres gestattet nicht nur eine weitere Umkehr der Verbündeten in der jetzigen oder einer vergrößerten Aufstellung, sondern auch noch die Durchführung einzelner taktischer Offensiven. Der Ruf, der aus dem Lager der Alliierten tönt, nach einem Nachfeldzug, anstatt zu einem Verständigungsfrieden, ohne Zusicherung alimpflicher Behandlung, braucht von den Deutschen noch nicht gefürchtet zu werden. Es muß angenommen werden, daß die Deutschen, wenn sie auch zu entscheidenden Siegen nicht mehr imstande sind, doch noch einen langen und zähen Widerstand werden leisten können. Dazu braucht es allerdings des festen Willens des ganzen Landes, alles zu opfern, nur die Ehre nicht. Vor diesem Entschluß stehen heute die Vertreter des deutschen Volkes.

Die nordfranzösischen Flüchtlinge.

Wie die holländische Regierung in der Zweiten Kammer erklären ließ, hat sie umfassende Maßnahmen ergriffen für Kleidung, Ernährung und hygienische Versorgung der Flüchtlinge aus Nordfrankreich. Am 17. Ok-

tobers waren nach zuverlässigen Angaben 160 000 Flüchtlinge nach Holland unterwegs und ungefähr 80 000 Flüchtlinge der holländischen Grenze entgegen. Nur die Schwachen, Kranken und Alten werden auf Wagen befördert, die anderen müssen zu Fuß gehen. Sofort nach Passieren der holländischen Grenze werden die Flüchtlinge von Soldaten in Empfang genommen und untersucht. Gelunde werden sofort durchgelassen. Sie werden nach kleinen Ortschaften in der Provinz Brabant, Limburg usw. beordert. Bel hält sie außerhalb der Stadt, weil man ihnen einen Aufenthalt verschaffen und die Stadt vor Überführung schützen will. Kranke und Krankheitsverdächtige werden besonders sorgfältig behandelt. Man hat für sie besondere Einrichtungen getroffen.

Neue U-Boot-Erfolge.

Im englischen Sperrgebiet 24 000 T. versenkt.
Berlin, 19. Okt.

Amlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet am 19. Oktober versenkten unsere U-Boote 24 000 Br.-Reg.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein Munitionsdampfer, ein Frachtdampfer mit Benzol sowie ein tiefbeladener Landdampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 19. Okt. Der Funkpruch Carnation enthält ein Zusammenbruch der militärischen Kräfte des Feindes an der Westfront noch nicht sichtbar ist.

München, 19. Okt. Das Gerücht, die bayerische Regierung habe ein Sonderfriedensangebot abgelehnt, ist völlig unbegründet.

Genf, 19. Okt. Das Londoner auswärtige Amt hat das Gerücht, wonach die englische Regierung mit reichlichen Staatsmännern in der Schweiz über andere Lande in Föhlung gewesen sei, unwahr ist.

Moskau, 19. Okt. Zeitungsmeldungen zufolge gemeinsame Operationen der Donkoffen der russischen Armee und der Abteilung Bittscherachow gegen Bolschewiki im Nordkaukasus einzuschließen und den Rückzug nach Astrachan und Sarazin abzuwehren.

Austerdam, 20. Oktober. Ein im Haag anones drahtloses Telegramm besagt: „An alle Gruppen der Westfront. Ich verweise nochmals auf die Befehle, daß bei der Räumung besetzten Gebietes militärische Zerstörungen ausgeführt werden dürfen, durch die Kriegshandlungen notwendig sind.“

Genf, 20. Oktober. Von der holländischen Regierung immer neue Nachrichten über das Eintreffen von Flüchtlingen. Noch sind sie aber nicht in großen Mengen gelangt. Alle Maßnahmen sind für die in den nächsten erwartete Anfunft der Flüchtlinge getroffen.

Wilson's Friedensvermittlung

Frankfurt a. M., 19. Okt.
Eine dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nahe Persönlichkeit macht der folgenden Mitteilungen.

In den auf die Senatsbotschaft vom 22. folgenden Tagen ließ Wilson dem Grafen v. Bernstorff einen Vertrauensmann sagen, der Präsident sich erneut bemühen, den Frieden zustande zu bringen. Für diesen Zweck werde es ihm von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs hierüber berichtete, ging am 28. Januar ein. Damals war der uneingeschränkte Unterseebootkrieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für den 1. Februar festgestellten Beginn getroffen. Ein Gegenbefehl wäre eine technische Unmöglichkeit gewesen. Graf Bernstorff, der, als er sein Lebewort abgab, bereits im Besitze der am 31. Januar eingehenden Note wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war und gebeten hatte, diese Note Grund der Mitteilungen des Wilsonschen Vertrauensmannes einzuweisen zurückhalten zu dürfen, wurde eingehender Verantwortung seines Telegramms hinsichtlich der Übergabe der Note zu sagen, daß die deutsche Regierung die Absicht Wilsons auf das wärmste begrüßte zur Förderung dieser Absicht ihre Friedensbedingungen dem Präsidenten zur eigenen persönlichen Information bekanntgab. Das Friedensprogramm, das für die Verhandlungen aufgestellt war, wurde am 22. Dezember 1918 in dem Telegramm an den Präsidenten eingehend entwickelt. Graf Bernstorff wurde ferner beauftragt, dem Präsidenten Wilson zu sagen, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg, der von dem Präsidenten mit ihrer neuen Instruktion auf dem Höhepunkt größtenteils auch drahtlos nicht erreichbar war, aus technischen Gründen nicht abgeblasst werden konnte, aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des Unterseebootkrieges zu geben, sobald es die Bemühungen des Präsidenten Wilson gelungen sei, eine erfolgreiche Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern. Die amerikanische Regierung hat die Eröffnung der Mitteilung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit dem Abbruch der diplomatischen Verhandlungen beantwortet.

Die Zuschrift führt weiter aus, daß unser Schritt vom 12. Dezember 1918 nicht mit Wilson einbart war. Wilson habe keinen Anlaß gehabt, verlegt zu fühlen, weil die Mittelmächte in ihrem Bestreben, möglichst bald zum Frieden zu kommen, ausschließlich auf eine immer noch ungewisse Vermittlung warteten, sondern in dem ihnen geschehenden Augenblicke selbständig vorging. Sum wird die Behauptung als unzutreffend bezeichnet, daß die Regierung habe Wilson dauernd um Friedensverhandlungen gebeten und habe ihm dann, als er ihrer Bitte gegeben, plötzlich mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ins Gesicht geschlagen. Wilsons Aktion ging selbständig neben der Friedensaktion der Mittelmächte einher.

Das neue Polen.

Warschau legt man sich gar keinen Zwang mehr. Die Verhältnisse nach Kräften, bis zur Grenze der Möglichkeit auszunutzen, erscheint als Gebot der Stunde. Eide, die man geleistet mit echt slawischer Leichtfertigkeit gebrochen, die man den noch im Lande vorhandenen Besatzungsmächte schuldet, schände beiseite. Grenzen, die vorläufig noch kein Wilson und Versailler Vertrag verändert hat, mit kühnem Satz — kurz, der echte Pole zeigt sich uns, wie er früher her ganz gut kannte. Hat er sich, seit der Freigabe durch deutsche und österreichische Waffen, genug verstellen, als ein guter Nachbar, als ein Mensch und Politiker aufspielen müssen, so ist um so häufiger alle Masken fallen und zeigt sich ein selbstverliebtes, leidenschaftsdurchglühendes Antlitz, und greift nach deutschem Besitz, nach deutschen Genossen. Bei uns scheint man hier und da zu zweifeln, ob Sinnesänderungen vorliegen. Den Polen wirklich ernst ist mit dem, was sie was sie tun. Wir glauben, daß die volle Aufmerksamkeit nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Vorgänge in Warschau werden zurzeit nur noch etwas verdunkelt, daß die Parteien sich dort um Verteilung im Augenblick noch nicht einig sind. Wirtschaftsrat wird, weil er sein Dasein den beiden Parteien verdankt und ihnen deshalb nicht mit Bewußtsein- und Handlungsfreiheit gegenübersteht, radikalen Richtungen und Strömungen im Lande kommt. Sie suchen statt dessen Anlehnung und mit den polnischen Gruppen zu gewinnen, die Jahr und Tag in Paris als die allein echte und nationale Vertretung des Polentums aufgehen. Diese Kreise stehen natürlich ganz und gar abends ausschließlich deren Händen anvertrauen. In Warschau ist bis jetzt die neue Kabinettsbildung gescheitert. Der Regentensrat mußte abgeben, wenn ein wirkliches Konzentrationsministerium kommen soll, und dazu scheint er sich einstweilen nicht entschließen zu können. Aber gleichviel, wie diese Parteien sich entscheiden wird, in der Forderung des Königreiches sind sich alle Polen einig, geht uns Preußen-Deutsche in Fleisch und Blut. Im geringsten zu genieren, trifft der Regentensrat bereits in aller Öffentlichkeit seine Vorbereitungen: die parlamentarischen Führer des preussischen Reichstages werden eingeladen, nach Warschau zu kommen, um mit ihnen über die weitere Durchführung des Programms, das heißt also über die Loslösung Polens und Westpreußens — vielleicht auch Ostpreußens, das scheint noch nicht ganz festzustehen — zu verhandeln. Man nennt die Herren Dr. Seyda, Korcany, Trampczynski, den Bräutigen Stuchel — der „Priester des Hasses“ — und den Grafen von Helldorf. Ob die Herren dem Rufe gefolgt sind, weiß ich nicht. Dieser oder jener von ihnen ist dazu als Minister für Polen in das polnische Kabinettsmitglied. in ihrer Gesamtheit sollen sie

aber wohl hauptsächlich darüber gehört werden, wie man es anstellen könnte, in den polnischen Provinzen Preußens die Wahlen zum konstituierenden Landtag des Königreiches Polen vor sich geben zu lassen. Der einfache Weg bestünde wohl darin, die polnischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses und Deutschen Reichstages in die Warschauer Konstituante zu berufen. Aber den reinen Grundgedanken der Demokratie entspräche ein solches Verfahren doch gar zu wenig, abgesehen davon, ob die also Erlorenen, von denen die preussischen Volksvertreter z. B. immerhin den Eid auf die preussische Verfassung geleistet haben, den ihnen angebotenen Landesverrat so ohne weiteres auf sich nehmen würden. Aber jedenfalls: man unterhandelt zwischen Warschau und Posen schon ganz frei und offen, und es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis der Regentensrat schlantweg über deutsches Staatsgebiet verfügen wird. Wir sollen dann vielleicht noch darüber froh sein, daß er nicht auch die polnischen Siedlungen in Rheinland-Westfalen dem neuen Polenreich einverleibt und darin einen vollgültigen Beweis für seinen aufrichtigen Willen erbringt, mit uns in — Frieden und Freundschaft zu leben. Das mag grotesk klingen, bleibt aber hinter dem wirklichen Stande der Dinge gar nicht weit zurück.

Angesichts dieser Vorgänge fragt sich natürlich jeder gute Deutsche: und unsere Regierung, wo bleibt sie und was tut sie? Einstweilen wird über den Abbau der Zivilverwaltung in Polen verhandelt, zugleich auch über die Beibehaltung der Okkupation, deren die polnischen Machthaber noch zu bedürfen glauben, weil einige am bolschewistischen Muster geschulte Landbesitzer sich vorbereiten, zu geeigneter Stunde das Erbe des Bürgertums anzutreten. Im übrigen aber wird die preussische Regierung kaum dem Streite weiter untätig zuschauen. Noch sind wir nicht so weit, daß der durch uns geschaffene Polenstaat sich nach Gefallen aus unserm Gebiet zur Abrundung seines Besitzstandes nach Gefallen bedienen könnte. Und die Rechte Deutschlands sind wie seine Würde und Ehre auch bei der Volksregierung so gut verwahrt wie bei allen vorhergehenden.

Vom Tage.

Der bulgarische Ministerpräsident Malinow gibt sich die denkbar größte Mühe, sich vor der Entente „herauszupauken“, um wieder für „bierehrlich“ erklärt zu werden. Einem französischen Zeitungsmann gegenüber erklärte er: „Wir sind überzeugt, daß die Entente die Lage in dem Bulgarien von 1915, das den Beschluß faßte, sich den Mittelmächten anzuschließen, verstehen wird. Die Entente wird uns sicher entschuldigen, zumal da wir jetzt Gelegenheit haben, der Politik zu folgen, die stets die des bulgarischen Volkes gewesen ist.“ Der sehr ehrenwerte Herr Malinow sollte wissen, daß man den Verrat liebt, den Verräter aber noch immer für ein verächtliches Subjekt gehalten hat — wahrscheinlich sogar in Ententekreisen!

Präsident Wilson soll dieser Tage den bekannten polnischen Komponisten und Klavierpieler Baderewski in Audienz empfangen und ihm bei einem gemächlichen „Plausch“ die neue Karte mit den polnischen Gebieten, die von Preußen und Österreich getrennt werden sollen, um in Polen einverleibt

zu werden, gezeigt haben. Dem Meister der Töne mag dieser Wilsonsche Anschauungsunterricht so lieblich wie seine eigene Musik in den Ohren geklungen haben. Oder sollte Van Baderewski, der sich, nebenbei bemerkt, einen großen Teil seines schönen Vermögens bei den bösen Deutschen erpielt hat, sich die ganze Audienz nur — komponiert haben? Virtuosen erzählen gern Anekdotchen!

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 21. Oktober.

* Unsere Schuld. Wenn man vor kurzem die deutsche Zeitung in die Hand nahm, konnte man glauben, wir lebten nicht in einem Krieg gegen die halbe Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Kritiklei an den wirtschaftlichen Einrichtungen unseren Willen zur Selbsterhaltung so geschwächt, daß der Feind einen Erfolg erringen konnte, der ihm sonst versagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist willens, in unsere Heimat einzubrechen. Das wird ihm aber nie gelingen, wenn wir die durch die Vielheit feindlicher Agenten zersplitterten Kräfte unseres Deutschtums sammeln. Noch sind wir imstande großes Unheil zu verhüten. Handeln wir darnach und bezeugen wir auch unseren Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht verlagern. Da der Krieger heute nicht mehr soviel Liebesgaben wie früher erhalten kann, so muß er täglich fühlen, daß seine Treue durch Treue vergolten wird.

! Aus Mieterkreisen geht uns folgender Notschrei zu: Die Wohnungsknappheit wird auch hier von manchem Hauseigentümer in unerhörter Weise ausgenützt. In den letzten Monaten haben Vermieter die Miete fast um das Doppelte in die Höhe geschraubt. Ist denn ein solcher Aufschlag mit Recht geschehen? Ist denn der Zinsfuß um das Doppelte gestiegen? Meist sind es Wohnungen, welche in 4, 6 und noch längeren Jahren weder einen Maurer noch Anstreicher gesehen haben. Kriegerfrauen und Arbeiter mit zahlreichen Kindern werden am meisten betroffen. Es wäre an der Zeit, wenn die Behörde diesem ungerechten Vorgehen Schluß machte.

Aus dem Vortraume, 19. Okt. Die Sucht reich zu werden hat in den erdbeerbauenden Taunusorten zu einer ins Maßlose gesteigerten Anlage von neuen Erdbbeerplantagen geführt. In einzelnen Gemarkungen, wie in Hofheim und Kriftel, wurden die besten Acker, die bisher reiche Kornernter lieferten, zu Erdbbeerbauern umgemodelt. Auf diese Weise sind schon mehrere hundert Morgen dem Anbau wichtiger Feldfrüchte entzogen. Die Folgen dieser Luxuswirtschaft machen sich in bedenklicher Weise bereits insofern bemerkbar, als in diesen Orten ein empfindlicher Kartoffelmangel herrscht. In diesen Zeiten,

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roeborn, hatte mit Parteiführern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichstagspräsidenten Lehmann, vom Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Ebert und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Westarp und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiemer und Fischel, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Strossemann und Liff, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Bromberg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeitskraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch unbelastet da.

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegszinsen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezahlter Sparkassen, Genossenschaften, wohlthätiger Stiftungen, die unseren Ärmsten dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßnahmen an der Sicherheit ihres Zinsertrages zu rühren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Übereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, dem Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

die jedes Quadratmeter Acker zur Volksernährung brauchen, sollten die Behörden diese Luxus-Landwirtschaft verbieten.

Frankfurt a. M., 19. Okt. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung, für die Zeit nach dem Kriege eine Erwerbslosenunterstützung für erwerbslose selbständige Handwerker, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe einzuführen unter der Voraussetzung, daß Reich und Staat zwei Drittel der entstehenden Kosten erstatten. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung für unselbständige Personen wurde bekanntlich vor längerer Zeit beschlossen.

Nah und Fern.

Ein Rokauffschitzer. In Nürnberg und in anderen Städten Bayerns trieb ein sogenannter Rokauffschitzer sein Unwesen. Er wurde in Nürnberg dabei ertappt, als er einem Fräulein an einer Straßenbahnhaltestelle den Rock beschädigte. Es ist der 33jährige Eisenbahn-Pionier Bleichschmidt von Schönwald, dem bis jetzt über fünfzehn in Nürnberg verübte und dreizehn in München begangene Fälle nachgewiesen wurden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf viele tausend Mark.

Die Verlängerung der Zeichnungsfrist für die 9. Kriegsanleihe wurde jetzt wie folgt amtlich bekanntgegeben: Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe ist um vierzehn Tage, d. h. bis einschließlich 6. November verlängert worden. Die Zeichnungs- und Vermittlungsstellen werden vom Reichsbankdirektorium mit näheren Anweisungen versehen werden.

Übermäßiges Handgepäck auf der Eisenbahn. Handgepäck wird häufig in zu großem Umfang in den Personenwagen der Eisenbahn mitgeführt. In den Personenwagen darf Handgepäck nur über oder unter dem Sitz des Reisenden untergebracht werden. In die vierte Wagenklasse darf eine Traglast mitgenommen werden. Das Belegen von unbesetzten Sitzplätzen mit Gepäck, das Unterbringen in anderen Abteilen oder in den Gängen der Durchgangswagen, das Verpacken der Tiere ist unbedingt verboten. In der vierten Wagenklasse dürfen Sitzplätze überhaupt nicht belegt werden.

Abänderung von Militärwaffen verboten. Nach einer Verordnung ist jede Abänderung oder Unkenntlichmachung von Waffen, die sichtlich als Eigentum der Heeresverwaltung anzupfehlen sind, sowie der Handel mit solchen verboten. Derartige Waffen sind von ihren Besitzern oder den Personen, durch deren Hände die Waffen gehen, an die nächste Militärbehörde abzuliefern.

Folgenschweres Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Rüdzingen fuhr ein einfahrender Reichskrankenauzug infolge

stärkerer Lage der Weiche auf einen ausfahrenden Güterzug. Sieben Soldaten und ein Zugbediensteter wurden getötet, außerdem sieben Soldaten schwer, 21 leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Schuld trifft nach den bisherigen Feststellungen in erster Linie den Weichensteller, weil er nicht auf die falsche Lage der Weiche achtete.

Die Grippe. Am Schluß voriger Woche war die Grippe überall in Deutschland noch in der Ausbreitung begriffen. In Berlin blieb die Anzahl der täglichen Erkrankungen mit etwa 1500 bei den Ortskrankenkassen stehen. Weitere Schulen wurden geschlossen. — In Breslau trat infolge der Grippe für vierzehn Tage eine tägliche mehrstündige Gasperre ein. — Aus Magdeburg wird das Wiederauftreten der tödlichen Krankheit gemeldet. Bei den Krankenkassen werden täglich an hundert Fälle gemeldet. Wie überall, ist der Verlauf diesmal gefährlicher, so daß vorbeugende Maßnahmen ärztlich empfohlen werden.

Die Grippeerkrankungen in München sind bereits bei der Ziffer 30000 angelangt. Die Münchener Volksschulen werden vorläufig auf acht Tage geschlossen. — Wegen der Ausbreitung der Grippe verfügte das Bezirksamt in Mannheim die Schließung aller Schulen und verbot bis auf weiteres alle Theater- und Konzertaufführungen sowie Versammlungen. — Nach Mitteilungen des Wiener Stadthauptstadts, die sich auf die Wahrnehmungen der Ärzte und Apotheker stützen, ist ein Abflauen der Grippe in Wien zu konstatieren. — Mit Rücksicht auf die Grippe werden in Budapest sämtliche Theater, Kinos und Vergnügungslokale vom 21. Oktober bis 4. November geschlossen. Kaffees und Gasthäuser werden um 10 Uhr abends geschlossen. — Den französischen Zeitungen zufolge nimmt die Grippe in ganz Frankreich außerordentlich zu. In Paris werden für die letzte Woche 700 Todesfälle an Grippe gemeldet.

Der Pörriger Bürgerkrieg ist nach dreivierteljähriger Dauer durch den Bezirksausschuß entschieden worden. Der Antilemit Krößell verbleibt Stadtverordnetenvorsteher; der von Krößells Partei befehligte Ausschluß zweier gegnerischer Stadtverordneten ist dagegen aufgehoben. Der Krieg entstand dadurch, daß der Antilemit Krößell durch eine Zufallsmehrheit zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde. Stellvertreter wurde ein Herr von der Gegenpartei. Gegen Krößells Wahl wurde alsbald Einspruch erhoben, mit der Begründung, Krößell sei gar nicht wahlberechtigt. Von da an tagten in Pörrig nebeneinander zwei verschiedene Stadtverordnetenversammlungen; die Sitzungen der einen Partei berief der Vorsteher, die der anderen der Stellvertreter ein; jede dieser Numptagungen erhob den Anspruch die gesetzmäßige Vertretung darzustellen. Als die Krößelpartei zu Neuwahlen infolge der Ausschließung schreiten wollte, verbot die Regierung beiden streitenden Parteien die Abhaltung von Stadtverordnetenversammlungen bis zur Entscheidung durch den Bezirksausschuß, die nunmehr erfolgt ist.

Eine originelle Todesanzeige findet sich im Spendent für Deutschlands Buchdrucker. „Kollegen, Freunden und Bekannten, die mit meiner Berufstätigkeit am Rassen, an der Menschheit auf Montage wurden, die befreiende Mitteilungen nach jahrelangem, qualvollem Leiden und entsetzlichen Torturen nun endlich zur ewigen Ruhe eingeeignet. Mir tut nichts mehr weh! Leipzig-Neubau, den 1. September 1918. Paul Welle.“

Metallausfuhrverbot in Rußland. Infolge der begrenzten Metallvorräte in Rußland (200000 Pud Kupfer, 30000 Pud Zink, 30000 Pud Blei) wurde die Metallabfuhr des Sowjets für Volkswirtschaftszwecke von Metallen aus Rußland verboten. (Wert etwa 16,4 Kilogramm.)

Bei einem erschütternden Erdbeben in Mexiko wurden 100 Personen getötet, tausende sind verletzt. Der angerichtete Schaden wird auf vier Millionen geschätzt. Die Behörden und gemeinnützige Organisationen sind um Hilfe angegangen worden.

Der französische Fliegeroffizier Gattos wurde, wie jetzt feststeht, am 6. Oktober abgehandelt worden. Gattos war vor dem Krieg der bekannteste Sportflieger, und die Franzosen waren von ihm besondere Leistungen. Am 18. April 1918 erlitt er in deutsche Gefangenschaft, aus der er im März 1919 entwich. Nach seiner Rückkehr war er erst in der Zeitungsbekämpfung beschäftigt und ging dann an die Universität.

Juneeinrichtungen deutscher Schiffe laut „New York Times“ wurde ein Gebäude in New York in dem die wertvollen Inneneinrichtungen von Privatjachten und einiger deutscher Schiffe lagerten, durch Feuer zerstört. Als diese Schiffe von der amerikanischen Regierung für den Transportdienst eingezogen wurden, nahm man die kostbare Ausstattung heraus. Hier fanden sich die Gemälde aus dem Salon der „Prinzessin“ und deren berühmtes Treppenhaus; ebenfalls die Einrichtungen, die silbernen Tafelgeräte und Gemälde des Dampfers „Prinzessin Victoria“, „Georg Washington“, „Prinzessin Wilhelm“.

Dunte Tages-Chronik.

Berlin, 19. Okt. Der Mörder des in Schweden würig aufgefundenen Mädchens Anna Winter ist der Verion des Soldaten Oskar Kretschmar.

Berlin, 19. Okt. Die Witwe Görke verlor ihre beiden Kinder im Alter von 9 und 16 Jahren durch einen Brand. Das 9 Jahre alte Kind ist tot, die beiden anderen sind schwer krank.

Strelitz, 19. Okt. Die Zellstoff- und Papierfabrik in Dalbe ist niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Der Betrieb liegt still.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhäbel in Hachenburg.

Alle diejenigen Landwirte, welche ihren Uberschuß an Kartoffeln nicht im Wege eines Bezugsscheines abgeben, können dieselben am: Donnerstag, den 24. d. Mis. an diesem Bahnhof zur Ablieferung bringen.
Hachenburg, den 21. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Polizei-Verordnung

betreffend die Ablieferung von Tierkörpern an die Tierkörper-Vernichtungs- und Verwertungs-Anstalt in der Gemarkung Ettinghausen.

Auf Grund der §§ 5 und 6 der königlichen Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1897, des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie auf Grund des § 4 des Reichsgesetzes betreffend die Beseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911 und des § 18 Abs. 1 der dazu ergangenen Ausführungs-Vorschriften vom 1. Mai 1912 erlasse ich mit Zustimmung des Kreis-Ausschusses für den Bezirk des Oberwesterwaldkreises folgende Polizeiverordnung:

§ 1.

Alle Tierkörper oder Tierkörpersteile von Pferden, Eseln, Maultieren, Rauscheln, Tieren des Rindergeschlechts, Schweinen, Schafen und Ziegen — auch Einhuferfohlen und Kälber, ausgenommen Saugfelle, Schaf- und Ziegenlammern unter 6 Wochen, sind an die Abdeckerei in Ettinghausen abzuliefern, soweit nicht gemäß § 2 der Ausführungs-Vorschriften vom 1. Mai 1912 zu dem Reichsgesetz vom 17. Juni 1911, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern, die Verwendung als Futtermittel für Tiere im eigenen Wirtschaftsbetriebe des Besitzers von dem Landrat gestattet wird.

Als Tierkörper im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt gefallenes oder zu anderem als Schlachtzwecken getötetes Vieh.

§ 2.

Die Tierkörper oder Tierkörpersteile sind in ihrem natürlichen Zustande, insbesondere ohne Abhäuten oder Zerlegen und einschließlich Haut, Haaren, Borsten, Hörner, Hufen und Klauen auf die zur Abholung erscheinenden Wagen der Abdeckerei abzuliefern. Die Besitzer der gefallenen Tiere oder deren Beauftragte sind verpflichtet, beim Aufladen der Kadaver oder Kadaversteile die erforderliche Hilfe zu leisten.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden, sofern nicht die Befehle insbesondere das Reichsgesetz, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern, vom 17. Juni 1911 höhere Strafen androhen, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, geahndet.

Wartenberg, den 1. Oktober 1918.

Der königliche c. Landrat.
Ulrici.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 16. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Polizeiverordnung mache ich die nachfolgenden Ausführungs-Vorschriften zu dem Reichsgesetz, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911 (R. G. Bl. S. 248) besonders bekannt:

§ 1.

Von jeder nicht zu Schlachtzwecken bewirkten Tötung und von jedem Falle von Pferden, Eseln, Maultieren, Rauscheln, Tieren des Rindergeschlechts, Schweine, Schafen, Ziegen — sowie Einhuferfohlen und Kälber ausgenommen Saugfelle, Schaf- und Ziegenlammern unter sechs Wochen hat der Besitzer tunlichst sofort, spätestens aber sechs Stunden (mit Ausnahme der Nachtzeit) nach dem Tode des betreffenden Tieres der Polizeibehörde des Ortes, innerhalb dessen Gemarkung sich der betreffende Tierkörper oder die zu beseitigenden Teile eines solchen befinden, behufs Benachrichtigung der Abdeckerei unter Angabe des Namens und Wohnorts des Tierbesitzers, der Tierart, des Alters und der Zahl der gefallenen oder getöteten oder geschlachteten Tiere Anzeige zu erstatten.

Die gleiche Anzeigepflicht hat, wer in Vertretung des Besitzers

der Wirtschaft vorsteht, wer mit der Aufsicht über Vieh anstelle des- selben beauftragt ist, wer als Hirt oder Schäfer entweder Vieh von mehreren Besitzern oder solches Vieh eines Besitzers, das sich seit mehr als 24 Stunden außerhalb der Feldmark des Wirtschaftsbetriebes des Besitzers befindet, in Obhut hat, ferner für die auf dem Transporte befindlichen Tiere, deren Begleiter und für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere der Besitzer der betreffenden Gehöfte, Stallungen, Koppeln oder Weidestellen.

Die Anzeigepflicht erlischt, sobald die Anzeige rechtzeitig von einem der Verpflichteten erstattet worden ist, vergl. § 4 der Ausführungs-Vorschriften.

2.

Die Tierkörper oder Tierkörpersteile von Saugfellen, Schaf- und Ziegenlammern unter 6 Wochen, einschließlich der totgeborenen, sowie von Hunden und Katzen hat der Besitzer, sofern er sie nicht alsbald an eine Abdeckerei abliefern, spätestens am Tage nach dem Tode, der Tötung, der Totgeburt oder der Auffindung der Tiere an geeigneten Stellen vorschriftsmäßig zu vergraben. (§ 3, Abs. 2 und 3 der Ausführungs-Vorschriften.)

3.

Die unschädlich zu beseitigenden Tierkörper und Tierkörpersteile sind bis zur Abholung durch die Abdeckerei (§ 1 der Kreis-Polizei-Verordnung) oder bis zum Vergraben (Ziffer 2 dieser Bekanntmachung) von dem Besitzer so aufzubewahren, daß Vieh mit ihnen nicht in Berührung kommen kann. (§ 3 der Ausführungs-Vorschriften.)

4.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder mit Haft bestraft. (§ 5 des Reichsgesetzes, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911.)

Wartenberg, den 1. Oktober 1918.

Der königliche c. Landrat. Ulrici.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 17. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Kochsalz Viehsalz

stets reichlich vorrätig.

Bitte Güllsäcke einfinden.

Karl Winter, Hachenburg.

Am Samstag abend verschied nach kurzem Leiden infolge einer Lungenentzündung unser treuer Lehrling

Leo Maschlanka

aus Bialla

im Alter von 18 Jahren.

Er war ein ordentlicher, fleißiger junger Mensch, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Hachenburg, den 21. Oktober 1918.

Warenhaus S. Rosenau.

Der Verstorbene wird in seine Heimat überführt.

Pelzboas, Muffe
Kanin- und Hasenteile
Füchse usw.
färbe ich in vollendeter Weise schwarz
Färberei Wilhelm Schmidt
Hachenburg-Alstadt.

Kartoffelmahnen
für 50 Pfd. Inhalt

Holzschuhe

in allen Größen

Helios-Kerzen
mit Brennstoff

empfiehlt

Julius Kind
Hachenburg.

Zuverlässiges

Mädchen

in kleinen Haus-
Weglar a. s. u. d. t.

Suche für
später ein

tüchtiges Mädchen
Frau Karl Bier

Verkaufe einen
7 Monate alten
Ziegenbock

Eine gute
Gans

zu verkaufen bei
Saifer, Alpen

Ein quaterbaiten
Bett

zu kaufen gesuch
wem, in der Besch
d. Bl. zu erfragen

Gepolsterte
Rohrse

in großer Aus
empfiehlt
Karl Baldu

Bettmö
Befreiung garan
Alter und Geschle
Auskunft un

Institut End
Stadtdorf 558 b